

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

163 (14.7.1928)

Beilage zur Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Badischer Teil

Badischer Landtag

D.3. Karlsruhe, 13. Juli.

Zu Beginn der Sitzung beantwortet Ministerialrat Dr. Band eine

Kurze Anfrage

des Abg. Hed (Ztr.) betr. die Unwetter Schäden im badischen Hinterlande am 4. Juli d. J. Die Finanzämter sind angewiesen, nach Prüfung der Sachlage durch Steuerfindung und Steuernachlaß den betroffenen Landwirten weitgehend entgegenzukommen. Auch bezüglich der Reichsteuern ist das Ministerium mit dem Landesfinanzamt ins Benehmen getreten.

Darauf wird die Einzelberatung des Budgets des Finanzministeriums beim Titel

Wasser- und Straßenbau

fortgesetzt.

Eine große Reihe von Positionen wird ohne Debatte erledigt.

Zur Renovation bringen die Abgeordneten Engelhard (Ztr.) und Seubert (Ztr.) Wünsche verschiedener Gemeinden vor, deren Prüfung Ministerialdirektor Dr. Fuchs zusagt.

Abg. Kurz (Soz.) bittet um Berücksichtigung der Gemeinde Lintheim (bei Karlsruhe), falls sie wegen eines Zuschusses zur Entwässerung an die Regierung herantritt.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) stellt gute Fortschritte in den Kulturunternehmungen fest und gibt einige Anregungen, die der Finanzminister zu prüfen verspricht.

Abg. Dr. Walbed (D. Vpt.) teilt Zahlen über den gewaltigen Verkehr auf der Mannheimer Rheinbrücke mit, um die Dringlichkeit des neuen Brückenprojekts zu beweisen. Die Regierung möge beim Reiche vorstellig werden, damit die Bauarbeiten unbehindert begonnen werden.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) unterstützt diese Ausführungen. Man müsse sich nur wundern, daß nicht mehr Unglücksfälle vorkommen.

Finanzminister Dr. Schmitt erklärt: Die Regierung erkennt die Dringlichkeit des Brückenbaues an. Sie kann aber keinen Unterschied in den drei Projekten machen, sondern muß sie als eine Einheit betrachten. Wir befinden uns in stetem Einvernehmen mit den beteiligten Städten und dem Lande Baden. Die Frage kann übrigens nicht innerpolitisch erledigt werden. Ich freue mich, daß der Landtag grundsätzlich seine Zustimmung gegeben hat.

Abg. Oberhard (Ztr.) bezeichnet die Zustände auf der Brücke Mannheim-Ludwigshafen geradezu als Verkehrshindernis.

Präsident Dr. Baumgartner: Ich höre, daß auch Karlsruher Abgeordnete zur Maxauer Brücke sprechen wollen. Ich bin der Meinung, daß die Brücken Mannheim, Speyer und Maxau in gleicher Weise dringlich sind und daß alle Parteien am baldigen Bau ein Interesse haben. Das Haus wird mir darin recht geben, und weitere Reden dürfen sich erübrigen. Das gleiche Interesse darf ich auch für die Rheinschiffahrt feststellen. (Allseitige Zustimmung.)

Abg. Dr. Walbed (D. Vpt.) bespricht sich über die der süd-deutschen Wirtschaft und speziell dem Rastatt Mannheim nachteilige Tarifpolitik der Reichsbahn.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) schließt sich dem Vorredner an und tritt für die Zusammenlegung der 15 badischen Rheinschiffahrts-Sondergerichte ein.

Abg. Reinbold (Soz.) meint, solange die Besetzung fort-dauere, werde von einer nennenswerten Besserung der Schiff-fahrtsverhältnisse keine Rede sein können.

Finanzminister Dr. Schmitt hat den Eindruck, daß Generaldirektor Dornmüller der Rheinschiffahrt großes Interesse und Wohlwollen entgegenbringt. Handelskammerpräsident Genel, Mannheim, steht in Unterhandlungen mit Berlin. Es ist möglich, das Interesse der Reichsbahn an der Rheinschiff-fahrt rüger zu gestalten gelegentlich der zur Zeit schwebenden Verhandlungen mit der Reichsbahn-Gesellschaft wegen der Rheinbäder Mannheim, Rheinau und Rehl. Auch die Reichs-bahn-Gesellschaft hat große finanzielle Sorgen reparations-politischer und tariflicher Art, aber die badische Sorge ist mir größer zu sein. Es handelt sich nicht nur um Mannheim, sondern um die Interessen des ganzen badischen Landes und nicht zuletzt des Oberlandes. Unter diesem Gesichtspunkte müssen wir die Angelegenheit betrachten. Seien Sie über-zeugt, daß Baden und sein Finanzminister ein ureigenes Interesse an einer glücklichen Lösung der Frage haben, um so mehr, als wir Großaktionär an dem Schiffahrtsunterneh-men sind, mit dessen Dampfer Regierung und Landtag kürz-lich von Basel nach Rehl fuhr.

Präsident Dr. Baumgartner benützt die Gelegenheit, um der Rheinschiffahrts-A. G. vormals Fendel, die die Dampfer-fahrt ermöglicht hat, in aller Öffentlichkeit den Dank des Landtages auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Beim Titel

Außerordentliche Besoldungen und Beihilfen

tragen die Abgeordneten Oscheins (Dem.), Bod (Komm.), Weismann (Soz.), Wehringer (Dnt.) und Nigel (Ztr.) Wünsche in bezug auf die Fürsorge für die tranken und pen-sionierten Beamten vor, deren Prüfung der Finanzminister zusichert.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung stimmt das Haus dem Vorschlage des Abg. Seubert (Ztr.) zu, als Vertreter des Landtages im Beirat der Preussisch-Süddeutschen Massenlot-terie den Abg. Schneider (Ztr.) zu wählen.

Der Rest des Ausgabenbudgets passiert debattelos.

Es folgt der Einnahmetat unter dem Titel

Steuerverwaltung

Abg. Leckleiter (Komm.) fordert Aufhebung der Umfah-steuer und öffentliche Auflegung der Steuerlisten.

Der Antrag fällt; soweit er die Auflegung der Steuerlisten will, stimmen die Sozialdemokraten zu.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) unterstützt nochmals die Berech-tigung und Durchführbarkeit seiner Steuerfindungsanträge.

Finanzminister Dr. Schmitt bemerkt dazu: Wir hoffen auf eine Gesamtüberweisung von 2,6 Milliarden zusätzlich 150 Millionen. Wir hatten aber gerade im letzten Vierteljahr weniger Einnahmen und statt 150 Millionen nur 100 Mil-lionen erhalten. Die Bewegung führt also nicht aufwärts,

sondern abwärts. Zum 1. April 1929 werden wir hoffent-lich die neuen Reichseinkünfte bekommen. Dann stehen wir aber wieder vor etwas Neuem und wir haben mit un-sicheren Schätzungen zu rechnen. Der Minister erinnert an die Ausfälle bei der Gebäudebesondersteuer (statt 20 Proz. sind es 30 Proz. und mehr). Er verweist ferner auf die zahl-reichen Gesuche um Steuererleichterung. Bei einem Finanz-amt wurden von 986 Eingaben 456 in bejahendem Sinne verabschiedet. Die Bemerkungen über steuerliche Gerechtig-keit müsse der Abg. Dr. Mattes an die Adresse des Reiches richten, das die Länder zwingt, Realsteuern zu erheben. Übrigens sei dem badischen Gesetze wiederholt zum Vorwurf gemacht worden, daß es im allgemeinen die steuerliche Lei-stungsfähigkeit zu sehr berücksichtige.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt, dem § 7 — Steuern vom Grundvermögen — nicht zustimmen zu können. Eine Entlastung des Grundvermögens mache seine Fraktion nicht mit. Bei den kleinen Betrieben sei eine Senkung angebracht. Eine Änderung der Relation von 70 : 30 in 68,7 : 31,3 sei abzulehnen. Ein solcher Schritt wäre zum mindesten gefähr-lich.

Finanzminister Dr. Schmitt erklärt, daß sich die Regierung gegenüber der Mehrheit in derselben Lage befinde wie der Vorredner. Das Staatsministerium stehe auf dem Stand-punkt, daß 25 Hundertteile erhoben und das Verhältnis von 70 : 30 grundsätzlich aufrechterhalten werden sollte. Gegen den neuen Steuerantrag der Sozialdemokraten bestehe nur das eine Bedenken: je mehr die kleineren und mittleren Be-triebe entlastet würden, desto stärker müßte die Belastung der höheren Betriebe sein. Ob das mit der steuerlichen Gerech-tigkeit zu vereinbaren wäre, diese Frage möchte der Minister bezeichnen.

Abg. Gagler (Ztr.) tritt für den Ausschußantrag ein.

Abg. Hädert (Soz.) hält dieses Vorgehen für übereilt im Hinblick auf das vom Reiche zu erwartende Steuervereinhil-flichkeitsgesetz.

Die kommunalistischen Anträge fallen.

Die Abstimmung über § 7 und den sozialdemokratischen Antrag, den Steuerfuß beim Grundvermögen von 10 000 M und weniger auf 10 Pf., von mehr als 10 000 M, aber nicht mehr als 20 000 M auf 16 Pf. festzusetzen, wird bis zur Berichterstattung über das Finanzgesetz verschoben.

Die Gebäudebesondersteuer hält der kommunalistische Abg. Leck-leiter für die ungerechteste aller Steuern. Nachdem sie ein-mal besteuere, müsse man fordern, daß den Gemeinden das Ge-samte Aufkommen für den Wohnungsbau zugute komme. Er stellt einen dahingehenden Antrag.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erinnert den Vorredner daran, daß durch die Gebäudebesondersteuer die Inflations-gewinne erfaßt würden und die Miete von Reichs wegen auf 120 Proz. festgesetzt ist, also auch zu bezahlen wäre, wenn die Steuer aufgehoben würde.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) weist auf die Erfolge hin, die mit dem Wohnungsbau in Baden erzielt würden, wo man 25 Proz. höher habe als im übrigen Reiche. Karlsruhe mache sich an der Spitze aller Städte (Zuruf: Auch Heidelberg). Was die Gemeinde Singen aufzuweisen habe, sei eine Glanz-leistung zu nennen. Das Zentrum werde zu allem die Hand bieten, was im Rahmen des finanziell Möglichen für den Wohnungsbau geschehen kann.

Der kommunalistische Antrag wird bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten abgelehnt, ebenso der volksparteiliche An-trag, der die Einnahmen aus der Gebäudebesondersteuer von 21 auf 20 Millionen gekürzt wissen wollte.

Annahme findet dagegen der Ausschußantrag, die Überwei-sung aus der Gebäudebesondersteuer für die Wohnungsfür-sorge von 11 720 800 M auf 8 870 800 M herabzusetzen.

Zur Fleischsteuer spricht Abg. Hertle (Dnt.) sein Mißfallen aus, daß man mit der Aufhebung der Hauschlachtsteuer so lange geögert habe.

Abg. Hädert (Soz.) stimmt dem Ausschußantrag zu, der die Steuer für Hauschlachtungen auf den 1. April 1929 auf-hebt, stellt aber namens seiner Partei auch den Antrag, zum genannten Zeitpunkt die Fleischsteuer überhaupt aufzuheben. Man dürfe über der Notlage der Landwirtschaft die große Not der Städter nicht vergessen, für welche die — nur in Baden bestehende — Fleischsteuer ein Ausnahmegesetz be-deute. Man komme nicht mit dem Einwand, daß die Auf-hebung keine Wirkung für die Konsumenten hätte.

Minister Dr. Schmitt wies den Vorwurf des Abg. Hertle zurück, als ob die Regierung einen Beschluß des Landtages nicht ausgeführt hätte. Es habe keine Bindung vorgelegen und der damalige Beschluß sei nur in dem Sinne aufzufassen gewesen, daß die Regierung in eine Prüfung der Sachlage eintreten soll. Von dieser Pflicht, zu prüfen, habe die Re-gierung Gebrauch gemacht. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß weder die Fleischsteuer noch die Hauschlachtsteuer auf-gehoben werden können.

Abg. Weiskopf (Ztr.) befürwortet die Abschaffung der Hauschlachtsteuer zum 1. April 1929 und die Annahme einer Entschliebung, die Regierung wolle prüfen, von welchem Zeit-punkt ab die gewerbliche Schlachtsteuer aufgehoben werden kann.

Das Haus stimmt einem Antrag zu, die Redezeit zu die-sem Gegenstand auf 5 Minuten zu beschränken.

Abg. Leckleiter (Komm.) fordert die sofortige Aufhebung der Fleischsteuer.

Es folgen teilweise heftige Auseinandersetzungen der Ab-geordneten Seubert und Sad vom Zentrum einerseits und der Wirtschaftsparteiler Kläber und von Au auf der Gegen-seite. Letzterer stimmt der völligen Beseitigung der Fleisch-steuer zu, weil sie ein Ausnahmegesetz darstelle.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) wendet sich gegen die Auf-fassung des Abg. Sad, als ob die Aufhebung der Fleischsteuer für die arbeitende Bevölkerung, für Konsumvereine, Kantinen usw. nicht so sehr ins Gewicht falle.

Damit ist die Aussprache beendet.

Der kommunalistische Antrag auf sofortige Aufhebung der Fleischsteuer wird bei Stimmenthaltung der Sozialdemokra-tie abgelehnt.

Der sozialdemokratische Antrag, die Fleischsteuer zum 1. April 1929 aufzuheben, wird mit 27 gegen 25 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Dagegen stimmt das Zentrum und der Abg. Hertle (Dnt.), während sich die Demokraten und der Abg. Kläber (Wirt-schaftsp.) der Stimme enthalten.

Finanzminister Dr. Schmitt bittet nunmehr, die Abstim-mung über das Initiationsgesetz auszusparen, da er über die Sachlage dem Staatsministerium Vortrag erhalten wolle.

Das geschieht.

Das Haus genehmigt noch die restlichen Einnahmepositio-nen, womit der gesamte Etat des Finanzministeriums bis auf die Fleischsteuer erledigt ist.

Nächste Sitzung nachmittags 4 Uhr.

Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

*

D.3. Karlsruhe, 13. Juli.

Präsident Dr. Baumgartner gibt zu Beginn der Sitzung die Antwort des Finanzministeriums auf eine Kurze Anfrage wegen evtl. Schaffung einer Anliegestelle für den Güter- und Personenverkehr in Dreifach bekannt. Darin wird unter Hinweis auf den gegenwärtigen Zustand des Rheinstromes, der eine regelmäßige Schifffahrt nicht gestatte, ein solcher An-legeplatz als unwirtschaftlich bezeichnet.

Nach Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Seubert (Ztr.) über den Vorschlag der

Amortisationskasse

Abg. Gehmann (Komm.) beklagt sich über die Behandlung der Arbeiterschaft in der staatlichen Majolikamanufaktur.

Finanzminister Dr. Schmitt gibt zu, daß die Verhältnisse nicht günstig liegen. Zur Zeit schweben Verhandlungen über eine Reformierung an Haupt und Gliedern.

Der Vorschlag wird genehmigt, im Anschluß daran auch der zum Finanzministerium gehörige Personalanhang.

Es folgt die

Abstimmung über eine Reihe von Anträgen

Das Gesuch der Gemeinde St. Ilgen wird der Regierung empfehlend überwiesen. Die Beschlüsse des Haushaltsaus-schusses finden sämtlich die Zustimmung des Plenums, dar-unter eine Entschliebung, worin die Regierung erlucht wird, alsbald, und zwar tunlichst, mit Wirkung vom 1. April 1929 an eine Änderung des

Grund- und Gewerbesteuer-gesetzes

nach folgenden Richtlinien heranzutreten:

1. Von den freien Berufen sollen der Gewerbesteuer künf-tig insbesondere unterworfen werden die Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, staatlich geprüften Dentisten, Architekten, Ingenieure und Geometer.

2. Da die Einkünfte der im freien Beruf tätigen Personen, der den freien Berufen nachstehenden Gewerbetreibenden so-wie der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden überhaupt in weitem Umfang Arbeitsertrag sind, ist zu prüfen, wie die-ser Lastsache durch Gewährung eines weitergehenden Freiteils für den Arbeitsertrag etwa in Anlehnung an die Regelung im württembergischen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer-gesetz vom 29. Dezember 1926 Rechnung getragen werden kann, als dies in § 50a Ziffer 1b des Grund- und Gewerbe-steuergesetzes vorgesehen ist.

3. Bei Gesellschaftsunternehmungen, namentlich bei Gesell-schaften mit beschränkter Haftung, die nur wenigen Gesell-schaftern gehören (insbesondere Familiengesellschaften mit beschränkter Haftung), hat es die Gesellschaft mehr oder we-niger in der Hand, den gewerblichen Gewinn als solchen da-durch sehr niedrig zu halten, daß sie hohe Gehälter, Tantiemen und dergleichen an die Gesellschafter-Geschäftsführer zahlt. Bei offenen Handelsgesellschaften und Kommandit-gesellschaften sind die gleichen Umgehungen möglich. Um eine Schmälerung der Gewerbesteuer und eine Umgehung des Ge-setzes zu vermeiden, sollen diese Gehälter, Tantiemen usw., die bei der Körperschaftsteuer zur Errechnung der Reinein-künfte abgezogen werden, zur Errechnung des Gewerbeertrags wieder hinzugerechnet und es soll zu diesem Zweck eine Vor-schrift vorgesehen werden, wie sie der § 11 des Entwurfs des Gewerbesteuerrahmengesetzes (Anlage 2 zum Entwurf des Steuervereinhillichkeitsgesetzes — Reichsratsdruckache Nr. 104 vom 15. Juli 1927) enthält.

4. Die Besteuerung des jeweiligen tatsächlichen Gewerbe-ertrags ist bei den Konjunkturschwankungen für Steuerfchul-dner und Steuerergläubiger hinsichtlich der Steuerbelastung und des Steueraufkommens in gleicher Weise unerwünscht. Um dies zu vermeiden, ist der Gewerbeertrag künftig nach dem Durchschnitt der Ertragsergebnisse von drei Jahren zu be-steuern. Bei Feststellung des dreijährigen Durchschnitts-ertrags sind Verlustjahre mit Null einzusetzen.

Gleichzeitig wird die Regierung erlucht, für die Beratung des dem Reichsrat vorliegenden Entwurfs eines Steuerber-einlichkeitsgesetzes den Reichsratsbevollmächtigten im Sinne der Anträge Ziffer 1 bis 4 Weisung für eine ent-sprechende Fassung der Bestimmungen der Entwürfe des Grundsteuer- und Gewerbesteuerrahmengesetzes zu erteilen, soweit in diesen Entwürfen Vorschriften der erwähnten Art nicht ohnehin schon vorgesehen sind.

Abg. Wolfhard (Dem.) berichtet sodann über nachstehenden Antrag des Geschäftsausschusses:

Der Landtag wolle beschließen, daß der § 47 Abs. 3 der Ge-schäftsordnung für den Badischen Landtag folgenden Zusatz erhält:

„Spätestens 8 Tage vor der Plenarsitzung des Landtags, auf deren Tagesordnung der Gegenstand gesetzt wird, ist der Antrag und, falls der Ausschuß gemäß § 27 einen schrift-lichen Bericht beschlossen hat, dieser Bericht zur Einsicht der Abgeordneten auf der Kanzlei niederzulegen. In der Sit-zung wird nur der Gegenstand und der Ausschußantrag ver-lesen, Berichterstattung und Besprechung findet nur auf Ver-langen von mindestens 15 Abgeordneten statt.“

Abg. Bod (Komm.) protestiert gegen diese Maßnahme.

Der Antrag wird gegen 7 Stimmen angenommen.

Der Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) begründet das Ja seiner Fraktion mit folgenden Worten: Wenn der Parlamentaris-mus praktisch arbeiten soll, so darf man keine „Marrenbude“ aus ihm machen.

Abg. Weiskopf (Ztr.) erstattet namens des Haushalts-ausschusses Bericht über den Antrag der Abgeordneten Dr. Föhr und Genossen (Ztr.) betr.

Bekämpfung der Kindertuberkulose

Er schlägt vor, der Landtag wolle I. dem genannten Antrag in folgender Fassung seine Zustimmung erteilen:

1. Die Untersuchungsgebühr nach III Biff. 5a der Grundbestimmungen für das freiwillige Tuberkuloseuntersuchungsverfahren an Kindern wird für jede vorgeschriebene Untersuchung der dem Verfahren angeschlossenen Tiere auf 0,40 M festgesetzt.

2. Die Untersuchungsgebühr ist zur Hälfte vom Eigentümer des untersuchten Tieres zu tragen, die andere Hälfte übernimmt die Staatskasse.

3. Der nach III Biff. 5b vorgesehene Reisekostenersatz kommt in Wegfall.

4. Zur Deckung der sich für den Staat hieraus ergebenden Kosten (mit schätzungsweise jährlich 100.000 M) wird Titel IV § 16b des Staatsvoranschlags des Ministeriums des Innern in Anspruch genommen mit einer entsprechenden Überschreitung des dort vorgesehenen Betrages von 78.000 M;

II. folgende Entschließung annehmen:

Die jetzt beschlossene Regelung soll eine vorläufige sein; es soll von der Regierung geprüft werden, ob nicht später die Gebühren ganz auf die Staatskasse übernommen und ob nicht die Untersuchung der Tiere im ersten Jahre zweimal, in den folgenden Jahren nur einmal vorgenommen werden kann.

Es sprechen dazu die Abgeordneten Kläiber (Wirtschft.), Bod (Komm.), Saß (Ztr.), Küdert (Soz.), von Au (Wirtschftsp.), Dr. Schofer (Ztr.), Maier-Heidelberg (Soz.) und Hertle (Dntl.).

Es dreht sich hauptsächlich um den Gang der Dinge im Ausschub.

Antrag und Entschließung wurden angenommen.

Abg. Weishaupt (Ztr.) erstattet Bericht über den Antrag Hertle (Dntl.) betr.

Wingertreibe.

Der Haushaltsausschub stellt den Antrag, der Landtag wolle I. die Regierung ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß denjenigen Wingern, die infolge Missernte oder Frostschäden in Notlage sich befinden, die im Dezember fälligen Wingertreibe weiterhin gestundet und die fälligen Zinsen erlassen werden.

II. Den Antrag Hertle durch diese Beschlußfassung für erledigt zu erklären.

Die Abgeordneten Hertle (Dntl.) und Engelhard (Ztr.) lenken das Augenmerk auf die katastrophale Notlage der Weinbauern infolge der Fehlernte der letzten drei Jahre.

Abg. Saß (Ztr.) gibt dem Abg. Hertle Recht, wenn er besonders auf die Verhältnisse im Tauber- und Schüpfergrund abgehoben hat.

Dem Ausschubantrag wird zugestimmt.

Abg. Weishaupt (Ztr.) berichtet ferner über Anträge des Abg. Kläiber (Wirtschft.) betr. Schutzpolitik zugunsten der Landwirtschaft und Rentenbankgrundschuldbzinsen, die beide durch das Notprogramm und die sonstigen Maßnahmen der Reichsregierung für erledigt erklärt werden, nachdem Abg. Kläiber (Wirtschft.) seine Unzufriedenheit mit diesem Beschluß erklärt hat.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntl.) berichtet über das Schreiben des Justizministers, wonach sich die Regierung entschlossen hat, der Errichtung eines Amtsgerichts in Singen näherzutreten. Mehraufwendungen entstehen nicht, da die Gemeinde für die Diensträume und Einrichtung aufkommt. Das Haus nimmt ohne Debatte zustimmend Kenntnis und erteilt auch seine Zustimmung gemäß Art. 88 dem Entschluß für den Fall, daß später eine Erhöhung des Ausgabeetats eintreten sollte.

Nach einem Bericht des Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) wird ein Gesuch der Stadtgemeinde Redargemünd der Regierung in dem Sinne empfehlend überwiesen, daß die Regierung bei der Redargemünd-G. mit allem Nachdruck darauf dringt, daß sie zum Bau eines Steges zwischen Redargemünd und Kleinemünd einen Beitrag leiste.

Ein Gesuch der Gemeinde Seebach betr. Arbeitslosenfürsorge dieser Gemeinde ist durch die Beschlußfassung zum Etat erledigt.

Um 1/7 Uhr schlägt der Präsident vor, hier abzubrechen und die nächste Sitzung am kommenden Dienstag abzuhalten. Dagegen wendet sich der Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.), der auch am Samstag tagen will, um die Landtagsarbeiten endlich abzuschließen zu können.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) ist für den Vorschlag des Präsidenten.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntl.) teilt den Antritt des Abg. Dr. Mattes.

Gegen 15 Stimmen beschließt das Haus im Sinne des Präsidenten.

Nächste Sitzung Dienstag, den 17. Juli, vorm. 9 Uhr.

Luffahrttagung in Konstanz

Die Kreishauptstadt Konstanz fand während des letzten Samstag und Sonntag vollständig im Zeichen des Deutschen Luffahrttages. Teilnehmer waren aus allen Gauen Deutschlands eingetroffen. Auf einem Begrüßungsabend, der vom Verein für Luffahrt am Bodensee mit Sitz in Konstanz am Samstag abend gegeben wurde, konnte der Vorsitzende der Konstanz Ortsgruppe, Bürgermeister Arnold, auch Frau Gräfin von Brandenstein-Zepelin, die Tochter des Grafen Zepelin, begrüßen. Am Sonntag vormittag fand bei schönstem Sommerwetter am Zepelindenmal eine Gedächtnisfeier aus Anlaß des 90. Geburtstages des Grafen Zepelin statt. Dazu hatten sich wiederum die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, sowie Vertreter sonstiger Vereine, eine Abteilung der Jungfliegergruppe usw. eingefunden. Oberbürgermeister Dr. Moride gab eine anschauliche Schilderung des Lebensganges des Grafen und legte am Denkmaleinen prächtigen Kranz nieder. Gegen 9.30 Uhr begann im unteren Konzilsaal unter dem Vorsitz von Dominikus die Mitgliederversammlung. Die Zahl der Verbands- und Vereinsflieger und der Jugendgruppen hat sich wesentlich erhöht. Als Tagungsort für das Jahr 1929 wurde Essen bestimmt. — In der folgenden öffentlichen Sitzung hielt zunächst Dr. Geener vom Zepelindenmal, der vom Verband zum Ehrenmitglied ernannt worden war, einen Vortrag über das Problem und den Verkehr mit Luffahrt, als zweiter Redner sprach Dr.-Ing. Birath, Professor an der Technischen Hochschule in Stuttgart über das Thema „Weltluffahrt und innerdeutscher Luffahrt“.

Der Bürgerschaftsrat von Neustadt i. Schw. genehmigte einstimmig den städtischen Voranschlag 1928/29. Bürgermeister Pfister wies in seinem Bericht über den städtischen Haushalt darauf hin, daß es möglich war, die Umlage auf der gleichen Höhe zu halten, wie im letzten Haushaltsjahr.



Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.

Filiale Karlsruhe

Kaiserstraße 146, gegenüber der Hauptpost.
Wechselstube Hauptbahnhof 8.673

Besorgung aller Bankgeschäfte

Errichtung von Banksparkonten bei günstiger Verzinsung
Vermittlung von Hypothekengeldern



Ludwig Schweisgut

Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rondellplatz

Flügel Pianos 724 Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Asthma und Bronchitis

Leidenden teile ich gerne gratis mit, wie ich v. meinem Leiden geheilt wurde.

**Alb. Hauth,
Langenargen 20.**

Ihren Umzug betr.

Möbelwagen?

64 dann
Bad. Lagerhaus Offenburg.
Besitzer: Willy Wagner.
fragen. Größt. bestempf. zuberf.
Möbelpeditions-Unternehmen.

Detektiv-Institut

a. Privat-Auskunft

Argus

„Mannheim“
O 6, 6
Planken
Telefon 33503
A. Maier & Co., G.m.b.H.

Städtische Sparkasse Philippsburg

(Öffentliche Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenvorrat	6 735,34	1. Spareinlagen	545 698,23
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheckamt	22 514,03	2. Giro- und Scheckeinlagen	78 201,14
3. Wechsel	14 713,31	3. Anlehenskapitalien	163 292,33
4. Darlehen auf Hypotheken	465 862,—	4. Aufwertungsstod	47 818,77
5. Darlehen auf Schuldscheine	188 706,24	5. Ausgaberrückstände	600,—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	147 698,78	6. Reinvermögen a. 31.12.26	20 337,68
7. Darlehen an Gemeinden	5 000,—	7. Reingewinn 1927	11 428,94
8. Einnahmerückstände	15 218,39		
9. Gebäude und Inventar	929,—		
	867 377,09		867 377,09

Berechnung der Rücklage:

Die jahungsgemäße Rücklage hat zu betragen:

5% aus 623 899,37 RM Einlagen 31 194,96 RM
Sie beträgt auf Jahresabschluss 1927 31 766,62 "

Philippsburg, den 22. Juni 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: J. B. Witt. Der Geschäftsleiter: Schäfer.

Gemeindesparkasse St. Leon (Amt Wiesloch)

(Öffentliche Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Verwaltungsgeld	1,—	1. Spareinlagen	215 218,45
2. Darlehen a. l. Hypothek	113 370,—	2. Giroeinlagen	8 108,50
3. Darlehen auf Schuldschein an Private	222 938,60	3. Aufgewertete alte Spareinlagen	279 521,15
4. Aufgewertete Hypothek	170 781,89	4. Anlehenskapitalien	141 520,—
5. Anlagen bei Banken	8 462,58	5. Ausgaberrückstände	5 768,69
6. Anleihenlösungen	10 087,50	6. Reinvermögen als Rücklage	25 895,42
7. Anlagen in laufender Rechnung	42 675,29		
8. Einnahmerückstände	13 436,17		
9. Aufwertungs-einnahmerückst.	92 361,58		
10. Kassenbestand	1 647,60		
11. Fahrnisse	270,—		
	676 032,21		676 032,21

Berechnung der Rücklage.

Sie soll nach § 20 der Satzungen 8% der Gesamtsumme der Einlagen betragen 17 217,44 RM
und beträgt 25 895,42 "

Das gesamte Reinvermögen dient als Rücklage für die Aufwertung. Reingewinn im Jahre 1927 11 512,90 RM. Die Sparkasse verzinst die Einlagen seit 1. Oktober 1927 mit 8%.

St. Leon, den 12. Juli 1928.

Der Verwaltungsrat: Klebenz, Bürgermstr. Die Berechnung: Steger, Geschäftsl.

PRAXIS-VERLEGUNG

Ich habe meine Praxis und Privatwohnung ab 7. Juli 1928 von Kaiserstraße 227 nach

AMALIENSTRASSE 30

(neben der Hirschapotheke)

verlegt.

SPRECHSTUNDEN: 9—12 und 3—5 Uhr
Telephon 2982 Samstag nachmittag keine

Dr. med. E. MAYERLE

Facharzt für Magen-, Darm-, Leber- und Stoffwechsel-Krankheiten 750

Einladung zur Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgevereins

auf Freitag, den 20. Juli 1928, nachmittags 3 1/2 Uhr, im kleinen Ballsaal der Stadthalle in Heidelberg (Eingang IV).

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Voranschlag.
4. Anträge (solche bitten wir spätestens 5 Tage vor der Versammlung i. d. Geschäftsstelle anzumelden.)
5. Berwendung des Ergebnisses der letztjährigen Sammlung (Errichtung von Lehrwerkstätten.)
6. Die jahungsgemäße erforderliche Neuwahl des Vorstandes.

5 1/2 Uhr Vortrag:

Das Heilbestreben der Natur. (Mit Demonstrationen.) Vortragender: Herr Prof. Dr. von Baeyer.

Der Vorstand. 755

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe.

In der heutigen 76. ordentlichen Generalversammlung waren 14412 Stammaktien und 2775 Vorzugsaktien vertreten.

Sämtliche Anträge der Verwaltung wurden einstimmig genehmigt.

Bei der jahungsgemäßen Neuwahl des Aufsichtsrates wurden die seitherigen Mitglieder wieder gewählt mit Ausnahme des aus Gesundheitsrückichten auf seinen Wunsch ausscheidenden Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Robert Sinner, Karlsruhe und des Herrn Bankdirektor a. D. Gustav Wif, Frankfurt a. M., der sein Mandat niedergelegt hat.

An deren Stellen wurden die Herren: Bankdirektor a. D. Dr. Gerhard Sagan, Direktion der Disconto-Gesellschaft Frankfurt a. M., und Generaldirektor a. D. Dr. d. techn. W. Gustav Döberlein, Karlsruhe neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Karlsruhe, den 10. Juli 1928. 772

Der Vorstand.

Gebrauchter Straßensprengwagen

in gutem Zustand befindlicher

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Größenangabe bis spätestens 1. August an

Stadtgemeinde Buchen, (Baden).

Bekanntmachung.

Der am 1. August 1928 fällige Zinschein Nr. 11 zur Zeilschuldverschreibung unserer 5% Kohlenanleihe von 1923 gelangt bei den in den Anlehebdingungen näher bezeichneten Stellen mit 0,44 Reichsmark für 17,50 Reichsmark und mit 0,46 Reichsmark für 1 Tonne Kohle zur Auszahlung.

Karlsruhe, den 12. Juli 1928.

Badische Landeserleuchtungs- und Kraftwerke Aktiengesellschaft (Badenwerk.) 773

Bekanntmachung.

Anstelle des verstorbenen Bezirksrats Albert Sammerer, ist für die restliche Amtsdauer der nächste Bewerber der gleichen Vorschlagsliste: Landwirt Christoph Müller in Söllingen zum Bezirksrat ernannt worden.

Karlsruhe, den 12. Juli 1928. 722

Der Bezirkswahlleiter: J. B. Wurmman. 62

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Freihändiger Kuchholzverkauf.

Bad. Forstamt Furtwangen, Mittwoch, 25. Juli: 2340 fm Fichtenlangholz u. 870 Ester Fichtenpapierholz. Losverzeichnisse durch das Forstamt. 421.

Freihändiger Nadelholzverkauf.

Bad. Forstamt Neustadt i. Schwarzwald: Donnerstag, 26. Juli 1928, vorm. 11 Uhr: ca. 2000 fm vorwiegend F. Losverzeichnisse ufw. durch Forstamt.